

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Pachtstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von H. Brey. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rängstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

# Der Frühling naht! Jetzt muß die Agitation für den Verband mit verdoppelter Energie betrieben werden!

### Die Lohnkämpfe des Verbandes im Jahre 1909.

In Nr. 12 des „Proletariers“ vom Vorjahre berichteten wir über die Lohnbewegungen und Streiks des Jahres 1908. Am Schlusse des Berichts wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß uns das Jahr 1909 den veränderten wirtschaftlichen Aufschwung und damit die Möglichkeit zur Erreichung größerer Erfolge bringen möge. Heute können wir mitteilen, daß unsere Hoffnung, wenn auch nicht ganz, so doch zu einem Teil in Erfüllung gegangen ist. Der erwartete wirtschaftliche Aufschwung hat eingetroffen, die Mitgliederzahl ist gestiegen und auch die Erfolgsglieder unserer Kämpfe ist wieder günstiger geworden. Allerdings, zu überschwänglichem Jubel bietet die Besserung in keinem Betracht Anlaß, aber als Zeichen der Umkehr, als Vorbote kommender größerer Erfolge dürfen wir sie mit Genugtuung begrüßen.

Die Gesamtzahl der Lohnkämpfe des verfloffenen Jahres, einschließlich der Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, betrug 297 gegen 273 im Jahre 1908. Die Bewegungen erstreckten sich auf 392 Betriebe mit 49 818 Beschäftigten gegen 360 Betriebe mit 28 896 Beschäftigten im Jahre 1908. Die Zahl der an den Bewegungen beteiligten (nicht zu verwechseln mit der oben angegebenen Zahl der in den Betrieben beschäftigten) Personen ist aus nachfolgender Zusammenstellung zu ersehen:

	1908	1909
Lohnbewegungen ohne Streik	10 497	16 233
Angriffstreiks	2 289	2 462
Abwehrstreiks	2 500	3 628
Ausperrungen	2 107	982
<b>Insgesamt:</b>	<b>17 393</b>	<b>23 305</b>

Die Zahl der an Lohnbewegungen ohne Streik beteiligten Personen ist demnach um 50 Prozent höher als im Jahre 1908, ein Beweis, daß unsere Kollegen die Belebung des Wirtschaftsmarktes sofort gemerkt und entsprechend ausgenutzt haben. Teilweise ist auch wohl die Verteuerung der Lebensmittel durch die Finanzreform, die einen Ausgleich durch erhöhten Arbeitslohn geradezu unumgänglich machte, die Ursache des vermehrten Aufbegehrens unserer Mitglieder gewesen. Erfreulicherweise sind die Erfolge in gleichem Tempo gewachsen wie die Beteiligungsziffer.

#### Es wurde erreicht:

Jahr	Arbeitszeitverkürzung für Personen pro Woche		Lohnerhöhung für Personen pro Woche	
	Stunden	Personen	Personen	Mark
1908	3 554	12 402	6 658	10 857
1909	2 894	9 271	13 002	19 551

Die Tatsache, daß die erreichte Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur nicht höher, sondern geringer ist als im Jahre 1908, darf als Bestätigung der oben angedeuteten Auffassung angesehen werden, daß es den Arbeitern in erster Linie um eine Erhöhung des Lohnes als Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung zu tun war und daß die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit erst in zweiter Linie gestellt wurde. Die erreichte Lohnerhöhung ist denn auch sowohl der Zahl der beteiligten Personen, als auch der Summe nach rund doppelt so hoch wie 1908. Das ist in Anbetracht der Tatsache, daß das Jahr 1909 doch immer erst den Beginn einer wirtschaftlichen Besserung brachte, in seinem ersten Teil aber durchaus noch als Krisenjahr zu betrachten ist, ein ganz erfreulicher Erfolg. In 47 Fällen endete die Bewegung mit Abschluß eines Tarifvertrags; an diesen Verträgen sind 35 708 Personen beteiligt.

Ueber den Inhalt der Verträge werden wir demnächst gesondert berichten.

Die Kosten der Streiks sind höher als im Jahre 1908. Es wurde nämlich verausgabt:

	1908	1909
Bei Lohnbewegungen ohne Streik	265 M.	344 M.
Angriffstreiks	102 236	120 268
Abwehrstreiks	95 280	151 929
Ausperrungen	94 369	72 233
<b>Zusammen:</b>	<b>292 150 M.</b>	<b>344 774 M.</b>

Geringer geworden sind die Kosten für Ausperrungen, am stärksten gestiegen die Ausgaben für Abwehrstreiks, eine Tatsache, die von uns in der Mahnung in Nr. 15 des „Proletariers“ vom 10. April des Vorjahres vorausgesagt wurde.

Die Gesamtzahl der Bewegungen betrug, wie oben schon angeführt, 297; dabei befanden sich die Arbeiter 210 mal im Angriff und 87 mal in der Abwehr. Von den Angriffsbewegungen führten 45, von den Abwehrbewegungen 67 zum Streik bzw. zur Ausperrung. Erfolg für die Arbeiter

hatten von den Angriffstreiks 28 oder 62 Proz. und von den Abwehrstreiks bzw. Ausperrungen 52 oder 75 Proz. Von den Angriff- und Abwehrstreiks endeten je 14 und von den Ausperrungen 3 mit Erfolg für die Unternehmer, ein Streik dauerte am Jahreschluss noch an.

Ueber die Form der Vergleichsverhandlungen bei den 241 ohne Streik beigelegten Bewegungen ist folgendes zu berichten: In 105 Fällen wurde zwischen den einzelnen Unternehmern und den Arbeitern, bzw. einer Kommission oder einem Ausschuss derselben direkt verhandelt, in 89 Fällen wurden die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Unternehmer und den Vertretern der Organisation geführt, und in 2 Fällen wurde unter Vermittlung einer andern Instanz (Gewerbegericht usw.) verhandelt.

In 225 von 297 Fällen, also bei rund 80 Prozent aller Lohnbewegungen gehörten die Unternehmer einem Unternehmerverbande an. (In diesen Ziffern scheint ein Irrtum zu liegen; wahrscheinlich sind bei den Berichten auch rein wirtschaftliche Organisationen, wie Syndikate, Kartelle usw., als Unternehmerverbände gezählt.) Von den am Streik beteiligten Arbeitern gehörten der Organisation an:

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Bei Beginn der Streiks	81 Prozent	70 Prozent	75 Prozent
6 Monate vorher	62	30	59

Die Ziffern zeigen, daß besonders die Arbeiterinnen den Weg zur Organisation erst dann finden, wenn ihnen das Feuer auf die Nägel brennt, d. h. wenn ein Streik in nächster Aussicht steht. Das ist eine bedauerliche Erscheinung, auf deren Verbesserung mit aller Kraft hingearbeitet werden muß.

Nachstehend bringen wir noch zwei vergleichende Zusammenstellungen über die Beteiligung an Lohnbewegungen, sowie die Erfolge und Kosten dieser Bewegungen für die letzten 5 Jahre:

	A. Beteiligte Personen.					Zus.
	1905	1906	1907	1908	1909	
Lohnbew. ohne Streik	11 020	33 508	30 165	10 497	16 233	101 423
Angriffstreiks	3 577	11 947	7 075	2 289	2 462	27 350
Abwehrstreiks	2 187	3 560	3 602	2 500	3 628	15 477
Ausperrungen	3 503	4 134	2 286	2 107	982	13 012
<b>Zusammen</b>	<b>20 287</b>	<b>53 149</b>	<b>43 128</b>	<b>17 393</b>	<b>23 305</b>	<b>157 262</b>

#### B. Erfolge und Kosten der Bewegungen.

Jahr	Arbeitszeitverkürzung für Personen pro Woche		Lohnerhöhung für Personen pro Woche		Gesamtkosten*) in M.
	Stunden	Personen	Personen	Mark	
1905	1 808	4 610	9 619	18 297	372 599
1906	7 694	33 245	37 138	68 230	745 022
1907	6 995	27 543	30 086	60 353	425 509
1908	3 554	12 402	6 658	10 857	307 129
1909	2 894	9 271	13 002	19 551	344 774
<b>Zus.</b>	<b>22 945</b>	<b>87 071</b>	<b>96 498</b>	<b>177 270</b>	<b>2 195 035</b>

Natürlich ist mit obigen Ziffern die Summe der Erfolge nicht erschöpft. Einmal werden nicht alle Bewegungen dem Verbandsvorstande gemeldet, und dann zeitigen dieselben auch oft Erfolge auf andern Gebieten, die ziffernmäßig überhaupt nicht festgestellt werden können. Aber selbst, wenn alle nicht festgestellten und nicht abschätzbaren Erfolge außer Ansatz bleiben, wenn nur das ziffernmäßige Ergebnis dieser Tabellen gewertet wird, muß jeder aufrichtige, vorurteilsfreie Beurteiler anerkennen, daß der Verband seiner vornehmsten Aufgabe, der Besserung der Arbeitsbedingungen nach besten Kräften und mit gutem Erfolge nachgekommen ist. Selbstverständlich kann und muß in dieser Richtung noch mehr geschehen, und es wird mehr geschehen, sobald das Heer der indifferenten Arbeiter endlich einfließt, daß im modernen Wirtschaftsleben die Zusammenfassung der Arbeiter zu geschlossenen Organisationen das einzige Mittel ist, die Arbeiter wirtschaftlich und geistig zu heben. Möge diese Erkenntnis im laufenden Jahre mehr und nachhaltiger als bisher platzgreifen, dann werden wir im kommenden Jahre über weitere, größere Erfolge berichten können.

### Arm, entrechtet und verachtet.

Der Wahloberbegriff der preussischen Regierung verweigert dem preussischen Volke das gleiche und geheime Wahlrecht. Die Wahl soll eine öffentliche bleiben und die Wähler sollen je nach ihrer Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt werden, deren jede den gleichen Einfluß auf das Wahlergebnis haben soll. In dieser Klassen-Einteilung und der Öffentlichkeit der Wahl will die Regierung unter allen Umständen festhalten, wie Herr v. Wolke im preussischen Abgeordnetenhaus verkündete. In der Kommission, der die Vorlage zur Beratung überwiesen ist, hat sich bereits eine Mehrheit für die geheime Wahl gefunden: mit 15 gegen 13 Stimmen wurde der Antrag auf Einführung des geheimen Wahlrechts angenommen. Ob die Regierung in diesem Punkte nachgeben wird, steht vorläufig dahin. Wahrscheinlich ist, daß das preussische Herrenhaus die geheime Wahl ablehnt und daß schon zwischen den beiden Landtagen eine Einigung nicht zustande kommt. Dann wird die Vorlage schon an dieser Klippe scheitern, was im Interesse einer möglichen Ausbehnung der Wahlrechtsbewegung für ein wirklich vollständiges Wahlrecht sicherlich zu begrüßen ist.

Ein vollständiges Wahlrecht auf der Grundlage von Klassenwahlen ist undenkbar. Diese Klasseneinteilung involviert nicht allein die Entrechtung der Minderbesitzenden, sondern liefert sie zugleich der Verachtung aus. Es ist das natürliche Ergebnis jeder Klassen-Einteilung, daß sie Bevorrechtete und Unterdrückte, Ehrenmänner und Pöbel schafft. Die Ehrenmänner, denen der maßgebende Einfluß im Landtage gesichert bleiben soll, das sind ganze 294 000 erstklassige Wähler, die zum Grundbesitz und zur Hochfinanz gehören. Der Pöbel — „das Helotentum“, wie Freiherr v. Mirbach im „Tag“ schreibt, das „nach wie vor von der Mitwirkung an den Geschicken des Staats ausgeschlossen bleiben“ soll — das sind 6 388 000 Wähler der 3. Klasse, — alles Männer, die das Staatsverbrechen begangen haben, nichts zu besitzen und nur von ihrer Hände Arbeit zu leben. Dafür werden sie als Staatsbürger entrechtet, als Wähler dritter Klasse fastgesehen. Denn den Ausschlag geben bei der Wahl die Wähler zweiter Klasse, — die Wohlhabenderen, die es schon zu etwas gebracht haben, die Leute des kleinen Besitzes und der gesicherten Lebenslage. Rund eine Million (1 088 000) Wähler gehörten nach der preussischen Wahlstatistik der zweiten Wählerklasse an. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen reicht aus, um bereit mit den erstklassigen Wählern die ganze dritte Wählerklasse mundtot zu machen. Etwa 800 000 Wähler können die übrigen knapp 6,9 Millionen überstimmen und damit jedes politische Einflusses berauben. Das sind die Wirkungen des Dreiklassenwahlrechts. 3,81 Proz. erstklassige Wähler und 13,87 Proz. Wähler zweiter Klasse haben den doppelten Einfluß, als die 82,32 Proz. Wähler dritter Klasse. Wenn Zehntel aller Wähler werden politisch ausgeschaltet, wenn das eine Zehntel der Reichlichen und Wohlhabenderen sich einigt, den anderen die Tür der Gesetzgebung zu verschließen. Und wenn es auch hier und da gelungen ist, die Brücke zwischen der zweiten und dritten Wählerklasse zu schlagen — auf diese Weise wurde es schließlich sogar ermöglicht, 7 Sozialdemokraten zu wählen, so konnte dies doch nur ganz ausnahmsweise und unter selten günstigen Voraussetzungen erreicht werden. Während die Konserverativen ihrer Stimmzahl entsprechend nur 82 Mandate erhalten durften, hat ihnen dieses Klassenwahlrecht 212 und dem Zentrum statt 89 deren 104 zugeschanzt; die Sozialdemokratie hätte gemäß ihrer Stimmzahl Anspruch auf 127 Mandate gehabt, — sie wurde mit 7 tatsächlich ausgeschaltet und eines dieser Mandate wurde ihr oberdrein durch einen Akt schöfflicher Mandatsräuberei im Landtage aberkannt. Den Konserverativen fehlten, dank diesem Wahlrecht, nur fünf Stimmen an der absoluten Majorität im Abgeordnetenhaus, die sie in den meisten Fällen leichterhand von den Antifeministen, vom Bund der Landwirte und von den übrigen des Zentrums erlangen. Den Gegnern des jetzigen Wahlrechts hätten nach ihrer Stimmzahl 327 von 433 Mandaten gehören; in Wirklichkeit erhielten sie nur 217 Mandate, — 1 mehr als die Konserverativen, Antifeministen und der Bund der Landwirte. So hat dieses Klassenwahlrecht also bewirkt, die wahre Stimmung des Volkes künstlich zu fälschen und Millionen von Staatsbürgern mundtot zu machen. Wer aber sind diese Entrechteten, — diese Verachteten, die Geloteten, die der Regierung so staatsgefährlich dünken, um sie im Staatswesen als gleichberechtigt mitarbeiten zu lassen? Es sind die großen Massen der Arbeiter in der Stadt und auf dem Lande, in Industrie, Handel und Handwerk, im Bergbau, im Eisenbahn- und Schiffahrtswesen, die Arbeiter, die den bevorrechteten Klassen ihren Reichtum erst erarbeitet haben, der dazu ausreicht, die Schöpfer dieses Reichtums zu unterdrücken. In welcher enormen Weise diese Reichtumsvermehrung vor sich geht, konnte der Abgeordnete Strobel im Landtage an der Hand der Statistik der Ergänzungsteuer nachweisen. In Preußen versteuern 1 1/2 Millionen Rentner ein Gesamtvermögen von 91 Milliarden Mark. Davon entfiel auf 144 000 Rentner (knapp 10 Prozent) ein Vermögen von 55 Milliarden (60 Prozent), auf weitere 156 000 Rentner (10 Prozent) ein Vermögen von 12 Milliarden (13,1 Prozent) und auf den Rest von 1,2 Millionen Rentnern (80 Prozent) ein Vermögen von 24 Milliarden (26,3 Prozent). Auf jeden der Reichtlichen entfällt durchschnittlich ein Vermögen von 332 000 M., auf jeden der an zweiter Stelle Genannten ein Vermögen von 77 000 M. und auf jeden der kleineren Rentner ein solches von 20 000 M. Man nennt die letzteren den wohlhabenden Mittelstand. Wie wenig er gegen die Reichen und Reichlichen auszurichten vermag, zeigt die Tatsache, daß er nur etwa ein Viertel des versteuerten Vermögens repräsentiert. Die Millionäre stellen die eigentliche Vormacht in Preußen dar, und diese Vormacht ist von unheimlich wachsendem Einflusse, denn das Vermögen der Millionäre stieg seit 1895 von 13,8 auf 22,6 Milliarden Mark. Jeder einzelne Millionär hat in dieser Zeit sein Vermögen um durchschnittlich 1 Million Mark erhöht.

Woher stammen diese Millionen? Haben diese Leute das Heidegeld etwa selbst erarbeitet? Nein, es stammt von der Arbeit des besitzlosen Volkes, — aus dem Schweiß der Arbeiterklasse, aus den Entbehrungen der Armen und Keimsten ist es gemünzt. Millionen von Arbeitern müssen sich im Dienste der Junker und Industriellen, der Grundbesitzer und Reeder mühen, unter der Bürde ihrer Arbeit zusammenbrechend, um dabei kaum des Lebens Nahrung und Notdurft zu verdienen. Millionen müssen ihre Frauen und Töchter, ihre unermesslichen Kinder in die gleiche Trübsal schicken, und noch immer reicht der Verdienst kaum zur nackten Lebenserhaltung. Millionen dieser Keimsten müssen sich in den schmutzigsten Arbeiterquartieren der Vorstädte und Industrieorte, in den elendesten Katen und Baracken zusammenpressen lassen, ohne imstande zu sein, ihren Kindern ein Stückchen Natur, ein bißchen Luft und Sonnenlicht zu gönnen. Und Millionen dieser Armen und Elenden hat man lieber das wenige Brot und Fleisch, den Glühwein oder Kaffee,

\*) Diese Summen decken sich natürlich nicht mit den in den Abrechnungen der Hauptklasse angegebenen, denn in letzteren sind auch die Ausgaben für Streiks enthalten, die aus dem Vorjahr fortgedauert haben, und in ersteren auch die Ausgaben der Verfallenen.

wird schließlich selbst das letzte Bänndchen veräußert, als das man magte, die Bescheidenden zu höherer Erbschaftsteuer heranzuziehen.

Und nun der Dank für dieses nützliche und entehrungsreiche Leben? Man weiß diese nützlichen oder Staatsbürger, die alle Werte schaffen, ohne deren Arbeit kein Staat bestehen könnte...

Die Ausnahmen, die der Wahlrechtsentwurf für diese Klaffen- teilung durch Empfindung gewisser Wählerkreise vorzieht, ändern wenig am Stande der Dinge.

Es zeigt sich, daß eine Reform des Dreiklassenwahlrechts ohne Beseitigung der Klaffenunterschiede unmöglich ist.

Es ist eine Laune, zu glauben, das preussische Volk werde sich beunruhigen, wenn 10 Prozent seiner Wähler durch ein raffiniertes Auslesegesetz zu unwillkürlichen Staatsbürgern befördert werden.

Die Kommission des Landtags hat das gleiche Wahlrecht mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt; 2 Nationalliberale erklärten nachträglich, sie würden ebenfalls gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben.

### Aus dem Reichstage.

Reichsweilungen Verhandlungen über den Wert begann Montag, den 13. Februar, die Beratung einer Reihe wirtschaftlicher und sozialrechtlicher Vorlagen. Die erste war das Kaligesez.

ber Gesamtheit finden läßt und der die Forderungen der Arbeiter auf Koalitionsrecht und Arbeitsvertrag würdigt.

Nach dem Fall folgte ein Bericht über die Stellenvermittlung. Bei der Beratung und Beratung dieses Gesetzes lag die Frage der Stellenvermittlung und der Arbeitsbeschaffung im Vordergrund.

Der sozialdemokratische Redner, Genosse Bröhne, konnte ein ungeheures Material über die Auspowierung der Stellenvermittlung ausbreiten.

Die Beratung wandte sich nunmehr dem Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitskammern zu.

Der Gesetzentwurf betreffend Regelung der Hausarbeit zeigt auch alle Kräfte auf, welche ein zaghaftes Vorgehen mit sich bringt.

Am Donnerstag wurde folgender Zentrumsantrag verhandelt: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstanzler zu ersuchen, durch Verhandlungen mit den Bundesstaaten dahin zu wirken...

Der Nachweis, daß wesentliche Beschränkungen der religiösen Freiheit gegenüber den ganz Fremden in Uebung sind, wurde zwar nicht gebracht.

a) daß aus der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keine Einschränkung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten abgeleitet werden darf;

b) daß kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf;

c) daß bei der Bewählung des Konfessionsaus einer Religionsgemeinschaft eine schriftliche oder mündliche Erklärung zu genügen hat, die vor dem Amtsgericht in Wahlorten abgegeben wird von diesen der Religionsgemeinschaft mitzuteilen ist;

d) das Konfessionsverhältnis hat keinen Anspruch auf Dispens zu sein.

Ueber das Schicksal beider Entwürfe wurde am 18. Februar bei Beginn der Sitzung in mündlicher Abstimmung entschieden.

Am Mittwoch in später Stunde war über die Novelle zur Gewerbeordnung verhandelt worden; insbesondere, was sich letzten Abends schlagen ließ die sozialpolitischen Auseinandersetzungen.

Unmöglichkeit für die Arbeiter, über große Maßnahmen auf die Unternehmer sind die Einwände, weshalb man die Debatte der letzten Woche nicht bestritten kann.

Am Donnerstag sprach Fischer, der nachwies, daß die Forderung der industriellen Entwicklung Deutschlands in...

ben letzten 40 Jahren nicht entspricht. Diese Entwicklung erfordert, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Faktor in der Industrie und im Erwerbseben angesehen werde.

### Zudersätze Brüberchen.

Es ist bei uns bisher nicht üblich gewesen — und wird hoffentlich auch in Zukunft nicht üblich werden — die Spalten, unter dem Titel zu fassen mit Angriffen auf unsre freigewerkschaftlichen Brüberverbände.

Aus der oben angeführten Gründen hätten wir auch die gegen uns gerichteten Neuerungen einiger Delegierten auf dem letzten Bundeskongreß der Bauarbeiter unbedingt gefaßt, wenn nicht der „Hauhilfsarbeiter“ in Nr. 8 in einer Besprechung des Verbandstags gerade diese Neuerungen mit weiter Behaglichkeit behandelt hätte.

Es handelt sich um folgendes: In einem Referat über die kommenden Tarifkämpfe legte der Referent, Genosse Lüpfert, Redakteur des „Hauhilfsarbeiters“, folgende Entwürfe vor:

Tom 1. März 1910 an, bis die Lohnbewegung offiziell beendet ist, haben alle Mitglieder mit Ausnahme der Arbeitslosen den doppelten Beitrag zu zahlen.

Seit 1. März 1910 bis zur Beendigung des bevorstehenden Kampfes sind Ueberlieferungen von Mitgliedern anderer Organisationen, mit denen wir in keinem Kartellverhältnis stehen, zu unterlassen.

Wir begreifen die Kampfes sind auch Mitglieder der Kartellorganisationen nicht mehr überzuführen.

Diese neuen „Hauhilfsarbeiter“, die nach dem Kartellvertrag schon hätten Mitglieder unserer Organisation sein müssen, werden vom Tage des Beschlusses nicht mehr aufgenommen.

In der Begründung seines Antrages suchte der Referent seinen Mangel an anderen Gründen zu verdecken durch Angriffe auf die „Brüderverbände“, gegen die sich die letzten drei Entwürfe richteten.

Der lebhafteste Beifall war der beste Beweis, daß der Redner allen Delegierten aus dem Herzen gesprochen, und die Laune der großen Gesichter verzieren ließen, der sein wollte, daß man endlich einmal Abrechnung nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den in den Entwürfen begehrten „Brüderorganisationen“ erheben werden sollte.

Es giebt man im ruhigen Jünger nicht so stritte auf die Innehaltung des Kartells gedrängt und manne noch so traffe Angelegenheit beschließen lassen; wir müße das jetzt aufordern.

Eine alte Mär erzählt von einem Bauern, der seinem Sel einen Düsselbach an den Schwanz band, um ihn zu schnellerem Laufe anzuspornen.

Die erste Behauptung des „Hauhilfsarbeiters“, der sich durch die Form des Berichtes die Ausführungen der Delegierten zu eigen macht, ist die: Die Kartellorganisationen haben sich nicht zu erntlich um die Durchführung des Kartellvertrags gekümmert.





## Aus der chemischen Industrie.

### Kapital und Arbeit in der chemischen Industrie Oesterreichs.

Der riesige chemische Industrie reißt sich auch im Nachbarlande Oesterreich, das mit seinen billigen alpinen Wasserkräften einst noch der Sitz ganz ungeheurer chemischer Kapitalunternehmungen werden dürfte, in die Luft. In Oesterreich sind es die verschiedensten chemischen Branchen, die sich in Oesterreich ausbreiten, wie die neueste amtliche Veröffentlichung des Wiener staatlichen Handelsmuseums in der gleichnamigen Zeitschrift nachweist.

Neu gegründet wurden 1909 in Oesterreich an chemischen Aktiengesellschaften und Großbetrieben drei, was bei dem allgemeinen Rückgang in der Industrieergründungsaktivität innerhalb der schwarzen Grenzlinie immerhin schon etwas sagen will. Mit 4 Millionen Aktien- und 2 Millionen Obligationenkapital erstens die Großfirma Wagenmann, Seydel u. Co. in Wien für chemische Produkte, und mit je 1/2 Million Aktienkapital die beiden Zündholzfabriken Leipnitz und Brune, die wohl, ähnlich wie ihre deutschen Kollegen aus der neuen Steuer, so hier aus dem für später geplanten österreichischen Zündholzmonopol Nutzen ziehen wollen. Auch die Zellulosefabrik St. Michael gehört hierzu. Kapitalerhöhungen für ihre Betriebe haben im abgelaufenen Jahre vorgenommen sieben chemische Aktiengesellschaften, vor allem der „Oester. Verein für chemische Produktion“ um 3 Mill. Kronen wegen Beteiligung am Karrierel der Internationalen Solvaywerke Bernburg, Johann mehrere Kali-, Spiritus- und Petroleumwerke um zusammen 5 Millionen Kronen. Ferner sieht die chemische Industrie mit der größten Ziffer neugegründeter Gesellschaften mit beschränkter Haftung obenan, nämlich mit 27 Gründungen, die 12,4 Millionen Kronen Kapital festlegten. Ueber Gesellschaften davon gehören der Petroleumindustrie an, die übrigen 19 verteilen sich aber auf die verschiedensten Branchen. Endlich wurden an Privatgründungen und Betriebsweitererungen aus der chemischen Industrie Oesterreichs gemeldet 27 vom Jahre 1908 und 13 vom Jahre 1909, darunter: 3 Holz- und Speisefabrikanten, 3 Farbenfabriken, 1 Sauerstoffverwertungsfabrik, 1 Fabrik flüssiger Luft, zwei Kunsthautfabriken, 1 Parfümfabrik, 1 Essigsäurefabrik, 1 Seifenfabrik. Das ist für das noch vorwiegend agrarische Oesterreich eine außerordentlich reiche und rasche chemische Industrieentwicklung, die den Kollegen zeigt, wie sehr die Industrie, die sie beschäftigt, die Zukunft für sich hat und wie wenig ängstlich sie zu sein brauchen, wenn es gilt, sich durch die Organisation auch ihren Anteil an dieser Blüte zu sichern. Sie sind noch sehr weit davon entfernt, durch „übertriebene“ Lohnansprüche etwa den chemischen Kapitalprofit zu „gefährden“, wie die Kapitalisten so gern zu sagen pflegen.

Der Zufall will es nämlich, daß fast gleichzeitig mit der oben wiedergegebenen Gründungsstatistik die amtliche österreichische Statistik für 1908 in einem dickleibigen Bande vom Handelsministerium veröffentlicht wird. Diese amtliche österreichische Statistik ist musterhaft ausführlich und sachlich. So können wir ihr also ruhig auch die Angaben über die Lohnkämpfe unserer chemischen Kollegen in Oesterreich entnehmen. Es handelt sich um acht Arbeitseinstellungen, von denen fünf ganz oder teilweise von Erfolg waren. Man kann also wirklich nicht sagen, daß die chemischen Proletarier Oesterreichs a) u) kampflos gewesen seien. Die Kräfte mag ihre Kampfkraft gedämpft haben, aber sie hat sie offenbar auch aus ihrer allzugroßen Bedürftigkeit und Bescheidenheit gewacht. Nachher stieg sie in der Mehrzahl der Fälle. Die Lohnkämpfe waren also ganz sicher nicht „feivol“ angezettelt, im Gegenteil. Sie betrafen meist Mittelbetriebe, keine Großfabriken. Vergeblich waren sie in einer galizischen Petroleumraffinerie mit 200 Arbeitern, wo 30 Schloffer durch Arbeitseinstellung die Wiederaufnahme eines Entlassenen nicht erzwingen konnten, weil sie von den übrigen Arbeitern im Stich gelassen wurden; ferner in einer Pilsener Glasfabrik mit 40 Arbeitern, wo ebenfalls nur 19 Mann streikten und infolgedessen die verlangte zehnprozentige Lohnerhöhung nicht durchsetzen; endlich in einer Trienter Zündwarenfabrik mit 77 Arbeitern, darunter 66 (M) weibliche, wo 62 Kolleginnen und 10 Kollegen in den Kampf traten und keine Erhöhung ihrer erbärmlichen Löhne von 6 bis 8 1/2 Kronen in der Woche für die Frauen, sowie keine Verkürzung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit erreichten. Dennoch macht es hohe Freude, hier in dem amtlichen Bericht zu lesen, für welche tapferen Forderungen die 62 mülligen Zündholzarbeiterinnen eintraten: für 1. Minimallohn: für Lehrlinge bis zur 4. Lohnwoche 1 Krone, von da ab 1,10 Kronen, für sonstige Arbeiter 3,70 Kronen; 2. allgemeine Lohnerhöhung um 30 Prozent; 3. für Ueberstunden 30 Prozent, für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag; 4. Abschaffung der Akkordarbeit; 5. Verringerung der Arbeitsordnung; 6. Errichtung eines Speiselokals; 7. zehnstündige Arbeitszeit; 8. Anerkennung der Organisation und der Vertrauensmänner; 9. Freigabe des 1. Mai. Möchten die Trienter Zündholzarbeiter das Banner dieser Forderungen hochhalten und mit ihm bei besseren Kampfsausichten von neuem vorzurücken, den überbescheidenen deutschen Zündholzarbeitern zur Lehre!

Erfolgreich dagegen war der Kampf von nur 15 Kollegen in einer Fabrik chemischer Produkte in Karolinenthal (Böhmen), welche die Wiederaufnahme entlassener Mitarbeiter durch einen fünfjährigen Anstand durchsetzten, und von 10 Kollegen in einer Grazer Farbenfabrik, welche sich die Abschaffung der Ueberstundenarbeit erzwingen und nun den reinen zehnstündigen Tag haben. 90 Arbeiter einer Leimfabrik in Laibach erzwingen durch zehnstündigen, lädenlosen Streik Verkürzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden und Sonnabendsschluß um 5 Uhr. Lohnerhöhungen und eine Reihe verwandter Forderungen endlich setzten die Kollegen der zwei letzten chemischen Betriebe durch. In einer Grazer Lack- und Firnisfarbenfabrik erzielten 14 streikende Hilfsarbeiter eine Lohnerhöhung um 5 bis 10 Prozent; Freigabe des 1. Mai, hygienische Maßnahmen und Anerkennung ihrer Vertrauensmänner. In der Fabrik für chemische Produkte Starlenbach (Böhmen) erkämpften die 18 streikenden Arbeiter des Betriebes die zehnstündige Arbeitszeit und Lohnerhöhungen wenigstens für die Schlechtbezahlten um 5 bis 20 Heller täglich.

Das waren sicher keine weltbewegenden Kämpfe. Und doch sind sie in ihrer Kleinheit und Tapferkeit mit ihren klugen Forderungen Bewundernswert und ein prächtiges Zeugnis für den proletarischen Geist, der auch in den Köpfen der ungelerten chemischen Arbeiter Oesterreichs herrscht. Und unter wieviel erbärmlicheren und schwierigeren Verhältnissen kämpfen die österreichischen Kollegen! 18 Kronen sind der höchste Wochenlohn, den wir für männliche Arbeiter in den bestreikten chemischen Betrieben verzeichnen finden. Er geht für eine böhmische Fabrik bis auf 9,30 Kronen die Woche herunter, bei den Trienter Zündholzarbeiterinnen sogar bis auf 6 Kronen die Woche. Und trotzdem verstanden sich diese Leute genug Aufklärung, Organisation und Mut, um mit ihrem Unternehmender anzubinden! Hinter ihnen steht noch kein so mächtiger Verband, wie unsere deutsche Fabrikarbeiterorganisation. Und doch haben sie den Heldenmut, für die Arbeiterkultur und gegen den Kapitalismus vorzugehen. Gewiß liegt in veretzelten Keimen Streik nicht die Kraft der Arbeiterbewegung. Wir in Deutschland erreichen vieles und mehr auf dem Wege der Verhandlung und des Tarifabschlusses. Aber der trostlose Mut und die Kampfkraft der österreichischen Kollegen, die sich nach Fortschritten streben, flackern ewig am Älter Neben zu bleiben, ist doch ein recht nachahmenswertes Muster für viele chemische Arbeiter Deutschlands, die heute noch schlafen.

### Dreißig Jahre deutscher chemischer Industrie.

Aus einem Aufsatz von Dr. Großmann in der Zeitschrift „Natur und Erziehung“ ergibt sich, wie die chemische Industrie

Deutschlands sich im Verlauf der letzten 30 Jahre entwickelt hat. Aus dem früheren vergleichbaren Statistiken werden folgende Zahlen angeführt, die sich auf die Einfuhr und Ausfuhr an Rohstoffen und chemischen Fabrikaten beziehen:

Jahr	Rohstoffe		Fabrikate	
	Einfuhr Millionen Mark	Ausfuhr Millionen Mark	Einfuhr Millionen Mark	Ausfuhr Millionen Mark
1880	111,7	36,9	102,3	200,2
1890	149,9	32,6	111,9	242,1
1895	168,9	37,2	110,9	301,7
1900	218,4	45,2	113,0	352,4
1905	290,6	66,5	140,4	475,8

Wie man aus dieser Tabelle sieht, hat seit 1880 die Einfuhr chemischer Rohstoffe zwar gewaltig zugenommen, aber in noch viel höherem Grade ist die Ausfuhr an Fabrikaten gewachsen. Nimmt man an, daß der Wert der von der gesamten chemischen Industrie erzeugten Produkte zurzeit etwa 1 1/2 Milliarden Mark jährlich beträgt, so ergibt sich aus der Statistik, daß ungefähr ein Drittel der Gesamtproduktion auf den Absatz an das Ausland angewiesen ist.

### Nachmalig chemischer Arbeiterschutz in Deutschland.

Nachdem der sozialdemokratische Antrag für chemischen Arbeiterschutz im deutschen Reichstag eingeleitet ist, wollen sich die Zentrumskräfte nicht beschämen lassen und haben nachträglich beantragt: „Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, von der in § 120 e der Gewerbeordnung gegebenen Vollmacht mehr als bisher Gebrauch zu machen, insbesondere zum Schutze der in der Glasindustrie, in Holz-, Gütten- und Hammerwerken, Metallschleifereien, bei der Herstellung von Säuren und Teerfarben, von giftigen und explosiven Stoffen beschäftigten Arbeiter.“ Wenn die Regierung ernstlichen Willen hätte und nicht immer auf Seite der Kapitalisten stände, hätte sie dem § 120 e längst zugunsten unserer chemischen Kollegen Gebrauch machen und z. B. den Achtstundentag für die chemischen Großbetriebe vorschreiben können. Mit dem § 120 e allein können wir also nicht vorwärts.

### Die Gefährlichkeit des Benzins.

Am 15. Februar d. J., nachmittags, erfolgte in der Kölner Färberei und chemischen Waschanstalt von Karl Siebmann in der Wafferturmstraße eine größere Benzinexplosion. Der 18jährige Sohn des Inhabers der Firma, der sich in dem Raum allein befand, erlitt schwere Brandwunden. Die Explosion war so stark, daß in dem anliegenden Hause die Fenster mit den Rahmen herausgerissen und die Wohnungseinrichtungen aller Stockwerke verwüstet wurden. Von der im ersten Stockwerk wohnenden Familie, die sich beim Mittagsschlaf befand, trug das Ehepaar schwere Verwundungen davon, während andere Personen leichter verletzt wurden. In ganzen erlitten sieben Personen Verletzungen; sechs mußten ins Hospital gebracht werden. Einige Tage vorher, am 26. Januar d. J., waren die Eisenbahnarbeiter des Bahnhofes Blankenhein a. Ruhr durch eine beim Aufladen von Benzinfässern erfolgte Explosion schwer verletzt worden. Für eine sorgfältigere Arbeiterkontrolle der mit Benzin arbeitenden Betriebe durch Arbeiterkontrolleure sorgt aber die Regierung noch lange nicht!

### In welchem Verband gehören die Kaliarbeiter?

In dieser gerade jetzt besonders wichtigen Frage wird uns von einem Kollegen aus Westeregeln geschrieben: „In den konsolidierten Alkaliwerken Westeregeln sind ca. 700 Arbeiter nur im Fabrikbetriebe beschäftigt; davon sind 150 bis 160 organisiert, und zwar 63 im Fabrikarbeiterverband und ca. 90 im Bergarbeiterverband. Diese Zersplitterung in zwei Organisationen ist sehr bedauerlich, denn die Agitation wird dadurch erschwert, daß man nie weiß, wer organisiert ist; auch berufen sich die indifferenten Arbeiter auf den Streit und bleiben dann ganz ohne Organisation. Es scheint deshalb nötig, endlich einmal Klarheit zu schaffen, in welchem Verband die Kaliarbeiter eigentlich gehören. Meines Erachtens gehören alle in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter in den Fabrikarbeiterverband. Um eine Beurteilung der Sache für zu erniedrigen, lasse ich nachstehend eine kurze Darstellung der Fabrikationsart folgen.“

Der Fabrikbetrieb der Alkaliwerke ist eingeteilt in folgende Betriebe: Fabrik 1. Hier wird das Salz gemahnt, gelöst und in Kälblapparate geleitet zwecks Abscheidung des Salzes von der Lauge. Das Salz wird dann in Verdampferapparate (Darrren) gebracht. In dieser Fabrik gehören noch die Vakuumstation und die Sulfatfabrik. Sulfat wird zurzeit nicht fabriziert. In der Fabrik 2 und 3 wird Glaubersalz und Bittersalz hergestellt. Diese Salze werden gewonnen aus Kieserit, welches aus dem Rückstand der Kalibildungen in Fabrik 1 ausgemahnt wird. In Fabrik 4 wird Stickstoffdüngemittel hergestellt. Die Flotation in dieser Fabrik ist groß, da diese Arbeit sehr angequält ist und auch nur in Frühjahrs- und Herbstkampagnen gearbeitet wird. Fabrik 5 ist die Bromfabrik; dieselbe ist an Fabrik 6 angegliedert. Dieses (Fabrik 6) ist die Chlorfabrik, welche ihren Chlor an Fabrik 5 abgibt zur Herstellung des Broms. Der Bromfabrik angegeschlossen ist noch eine kleine Präparatanstalt zur Herstellung von Bromalkali. Fabrik 6 ist die elektrochemische Fabrik, eine Schwefelsäurefabrik von Griesheim, zur Herstellung von Chlor und Chloralkali und 70prozentiger Lauge. Hierzu gehört noch ein Betrieb zur Herstellung von Chlorat. Hier arbeiten bisweilen 2-3 Mann. In Fabrik 7 wird Chloralkalium und Chlorbarium hergestellt, außerdem eine Art Magnesia. Mit vorstehendem ist m. E. bewiesen, daß sämtliche Fabrikationen chemische Betriebe sind und die dort beschäftigten Arbeiter zu uns gehören. Die Bergarbeiter sind aber der Meinung, die Arbeiter gehören zum Bergarbeiterverband, weil alle diese Arbeiter im Halberstädter Knappheitsverein versichert sind. Es kann dieses aber kein Grund für die Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverband sein.“

Anmerkung der Redaktion: Es kann selbstverständlich gar keinem Zweifel unterliegen, daß die oben angeführten Arbeitergruppen in den Fabrikarbeiterverband gehören. Die Zugehörigkeit zur Knappheitsklasse ändert daran gar nichts. Es wäre ja noch schöner, wenn die Gewerkschaften sich die Grenzen ihres Gebietes von den Unternehmern oder den Behörden abstecken ließen.

### Aus der Papierindustrie. Auf zur Organisationsarbeit in der Papierindustrie.

Von einem Papiermacher gehen uns folgende Zeilen zu: Das Wandern ist nicht nur des Müllers, nein auch des Papiermachers Lust.

Nun ist bald wieder die alte Winterzeit verstrichen, und zeigt die Sonne noch etwas höher am Horizont, begreifen die ersten Frühlingsboten einzutreffen, so sehnt sich der Papiermacher wieder einmal nach Abwechslung; kurz entschlossen wird die alte Kunde besucht und eine andere aufgesucht, in die den meisten Fällen zwar die ersehnte Abwechslung bringt, sonst aber auch nichts. Aber der Papiermacher läßt sich nun einmal seinen „Wandervogel“ nicht nehmen und wenn er gleich „vom Regen in die Traufe“ kommt,

Ich erinnere mich hier einer Bemerkung des früheren Reichstagsabgeordneten Paus-Deffan, welcher im vorigen Jahre im Gewerkschaftshaus zu Kassel einen Vortrag hielt, worin er unter anderem sagte:

„Ich kann nur von einer Intelligenz des Arbeiters sprechen, der sich nicht 20 Jahre und darüber an einen Beruf und an ein und dieselbe Sache bindet, sondern derjenige Arbeiter ist intelligent, der versucht, sich verschiedenartig und in mehreren Betrieben Kenntnisse und Abwechslung zu verschaffen.“

Nun ist es aber als Papiermacher nicht so leicht, zu wechseln, wie bei einem Metzger, Bäcker usw. Bäcker und Metzger hat man viel in der Stadt, aber nicht Papierfabriken.

So kommt es oft vor, daß gar mancher Kollege von Berlin nach Wien „wechselt“, weil er in der Nähe keinen Posten offen fand, um vielleicht nach Verlauf eines Jahres, unter Umständen gar noch früher, nach Rheinland oder sonstwo dieselbe Reise retour anzutreten. Aus diesen Umständen ergibt sich, daß der Vater Staat mit dem Papiermacher ein gutes Geschäft macht, denn er hat ja außer seinen „Waggengebühren“ — wenn man einen solchen braucht — auch noch auf jeden Frachtbrief einen fünfzigjährigen Unzugsteuer geklappt.

Eine erfreuliche Folge des häufigen Arbeitswechsels in der Papierindustrie ist das immer tiefer eindringende Verständnis für unsere Organisation. Man mag hinkommen, wo man will, die organisierten Papierarbeiter sind in den meisten Fällen die sogenannten „Freunden“. Dadurch wird eine gute Agitationsstätigkeit in den Papiermacherkreisen entfaltet, ohne daß der Arbeitgeber viel von dem Schuppen merkt, und gar manches Mühsal wird dabei für unsere Organisation gewonnen.

Noch eine unumstrittene Tatsache ist es, daß der reisende Papiermacher auch auf die Lohnverhältnisse der Papierfabriken günstig einwirkt. Der einheimische Arbeiter oder die Arbeiterin betrachten ihren Beruf als Fabrikarbeiter gar oft als Nebenjahe. Sie haben oft Heim und Hof, und wenn sie die Woche ein paar Mark in der Fabrik verdienen, dann sind sie zufrieden. Anders mit den reisenden Kollegen. Gehe diese ihren Beruf wechseln, wird zumeist brieflich Lohn, Arbeitszeit und Arbeiterkategorie vorher festgesetzt.

Welche Not der Verband lindert, das wissen die reisenden Kollegen zu genau, aber auch die Kollegen und Kolleginnen, die nicht vom Wandertrieb umhergejagt werden, bedürfen dringend des Schutzes der Organisation, um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Auch die sogenannten Besseren Arbeiter der Papierindustrie fordern ich auf, ihre Selbstsucht, ihren Berufsstolz und Mühlstein beiseite zu legen; sie sind aus Arbeiterkreisen hervorgegangen und leiden unter demselben Joche wie wir. Deshalb ist ihre Mitgift am großen Werke der Kultur ihre heilige Pflicht. Mögen alle Papierarbeiter immer eingebend sein des Dichterswortes:

„Kein Himmel kann das Heil uns senden, Es fällt aus keines Gottes Schoß, Die Menschheit muß mit eignen Händen Erlämpfen sich ein besseres Loß.“

Versprechen wir uns deshalb, im kommenden Frühjahr energisch in die Agitation in der Papierindustrie einzutreten, um dem Fabrikarbeiterverband bis zur Generalversammlung des „Vereins deutscher Papierfabrikanten“ viele neue Streiter und Kämpfer zuzuführen als Aushilfe ihrer schmerzhaften Unternehmungsgefühle.

Dies mein aufrichtiger Wunsch.

+ Sainewalde. In der Papierfabrik des Herrn Kerschmann scheinen die neuen Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen noch unbekannt zu sein, denn es ist in letzter Zeit vorgekommen, daß die Arbeiterinnen bis 10 Uhr beschäftigt worden sind. Auch wird manchmal schon morgens um 5 Uhr mit der Arbeit begonnen. Die Bestimmungen zum Schutz der jugendlichen Arbeiter erfreuen sich der gleichen — Nichtachtung. Während der eine jugendliche Sonnabend um 4 Uhr zu Hause geschickt wird, muß der andre, wohl weil er stärker ist, bis 6 Uhr arbeiten. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um die Betriebsleitung zur Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu veranlassen. — Die Sonntagsarbeit steht bei der Firma in höchster Blüte. Zuschläge werden dafür nicht bezahlt. Das hat die Firma nicht nötig, denn bei den niedrigen Löhnen drängen sich ja die Arbeiter zur Ueberarbeit, um ihren geringen Verdienst etwas aufzubessern zu können. — Herrn Groß sei an dieser Stelle mitgeteilt, daß die Arbeiter, mit zwei Ausnahmen, noch sehr gut hören, er braucht also seine Zunge in Zukunft nicht so sehr zu strapazieren. Die Arbeiter aber sollten endlich den Weg zur Organisation finden, dann würden sie sowohl angemessene Löhne als auch angemessene Behandlung finden und, wenn es sein muß, erkämpfen können.

+ Rempten. Als vor 4 Jahren in der Papierfabrik Hegge ein Streit ausbrach, fand die Firma einige dienstwillige Herausreißer in dem Oberwerkführer Schilling und dem Maschinenführer Giltner. Der Herr „Ober“ hatte sich die Vernichtung der Organisation zum Ziel gesetzt, und der Herr „Gilt“ gefiel sich in der Rolle eines Beschützers der Arbeitswilligen. In Betrieben aber hauste er wie ein Tyrann, und die Maschinengehilfen wünschten ihm alles, nur nichts Gutes. Für den Betrieb selbst waren beide Herren durchaus kein Gewinn. Im Gegenteil! Das scheint die Diktion auch eingesehen zu haben, denn der Herr Oberwerkführer ist vor einiger Zeit „geflogen“, und der Herr Maschinenführer soll, wie verlautet, in nächster Zeit folgen. Der Betrieb kann durch diese Auslese nur gewinnen. Es wäre aber gut, wenn die Arbeiterschaft ein wenig mehr Interesse für den Verband zeigte; denn sie verdankt es nur dem Eingreifen derselben, wenn die Arbeitsbedingungen sich gegen früher bessert haben. Und wenn von den vor Jahren errungenen Verbesserungen manches verloren ging, so ist daran nur die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter schuld, die glauben, die Organisation nicht mehr nötig zu haben. Das gilt natürlich nicht für alle; eine ganze Anzahl der Kollegen ist dem Verbands treu geblieben und hat auch tapfer für die Ausbreitung der Organisation gewirkt. Daß diese Papiere in kommenden Frühling recht viele Bundesgenossen finden mögen, das ist unser Wunsch.

### Aus der Zement- und Ziegelindustrie. Achtung, Zieglerkollegen!

Bei vielen Zieglerarbeitern besteht noch die Gepflogenheit, Arbeitsverträge für die ganze Kampagne abzuschließen. Diese Verträge sind Fesseln, die auch jede Bewegungsfreiheit während des Sommers nehmen. Wollen wir aber die nun einsetzende bessere Geschäftslage ausnutzen, um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, so muß diese Gepflogenheit beseitigt werden. Kein Kollege nehme deshalb Arbeit an, wenn ihm nicht eine höchstens vierzehntägige Kündigungsfrist eingeräumt wird.

### Der Gewerksverein der Ziegler in Lippe.

I. Unsere Winteragitation in Lippe hat den christlichen Gewerksverein der Ziegler in Lippe an den Rand der Verzweiflung gebracht. Er fühlt, daß seine schwarz-gelbe Herrlichkeit allmählich in die Brüche geht, und so wirft er in banger Sorge um seine Existenz den geringen Vorrat von Anstand und Ehrlichkeit über Bord, um sein Gewerksvereins-Brack noch einige Zeit über Wasser zu halten.

In seinen Versammlungen, in seinem Vereinsorgan „Gut Brand“, ebenso in den bürgerlichen Blättern in Lippe ist ihm keine Gemeinheit zu nichtswürdig, um die lippischen Ziegler zu beschwindeln und die freien Gewerkschaften, speziell unseren Verband, zu verleumden. Da die Gewerkeinsführer dieses verächtliche Treiben aller Wahrscheinlichkeit nach diesen Sommer auch nach andern Gegenden verpflanzen, so sei das Wesen und Wirken dieses Vereins hier klar gestellt.

Der Gewerkeverein ist im Jahre 1895 als Gegengewicht zu den Organisationsversuchen der freien Gewerkschaften von dem Pastor Feiß gegründet worden. Der Pastor und auch die übrigen Gewerkeinsmacher behaupten zwar, die Gründung des Gewerkevereins sei ein Ausfluß der pastoralen Nächstenliebe gewesen; nur um den Ziegler zu helfen, ihre elenden Verhältnisse zu bessern, habe der Pastor den Verein ins Leben gerufen. In einem Schreiben an den Verband der Tonindustriellen im Jahre 1906 betont der Pastor aber das Gegenteil. Er schreibt dort: „Für die lippischen Ziegler bestanden nur zwei Möglichkeiten: entweder sie organisierten sich auf christlich-nationaler oder auf sozialdemokratischer Grundlage. Vom Standpunkt der deutschen Ziegeleibesitzer stellt sich die Sache so, daß bei diesem Entweder — Oder fast alle Ziegeleibesitzer den Gewerkeverein vorziehen.“

Hier ist also nicht die Rede davon, daß der Pastor den Gewerkeverein gründete, um die Ziegler stark und wehrfähig zu machen, sondern der Pastor gesteht hier ein, daß die Furcht vor den freien Gewerkschaften die Triebfeder war. Der Pastor fürchtete offenbar seinen Einfluß auf seine Schäfchen zu verlieren, wenn sich die lippischen Ziegler bei den freien Gewerkschaften organisierten, und dann wäre ja auch der Profit der Meister und Besitzer in Gefahr geraten. Die lippischen Ziegler mußten deshalb in ein christlich-nationales Vereingelockt werden, das den Ziegeleibesitzern angeheim ist und von ihnen vorgezogen wird. Die Verbesserung der Zieglerverhältnisse kam also bei der Gründung des Gewerkevereins nicht in Frage, sondern einzig und allein die Sucht des Pastors, die lippischen Ziegler nach religiöser Anschauung von ihren übrigen Arbeitsbrüdern zu isolieren, sie in geistiger und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu erhalten.

Seit 14 Jahren macht sich nun der Gewerkeverein schon ab, um die 14 000 lippischen Ziegler in sein christliches Garn zu locken. Obwohl die Ziegelmeister, Pastoren und sonstigen bürgerlichen Quacksalber eifrig Treiberdienste leisten, ist die Beute doch lächerlich gering. Etwa 1800 Mitglieder: Ziegler, Ziegelmeister, Ziegeleibesitzer, Techniker, Pastoren, Zunftälteste, Agenten usw. ist das Ergebnis seiner 14-jährigen Tätigkeit; jedenfalls ein Resultat, wie es möglich nicht gedacht werden kann. Wenn dann noch in Betracht gezogen wird, daß diese „Organisation“ einen Jahresbeitrag von nur 3,60 Mk. erhebt, so ist dieses Resultat der beste Beweis, daß die Mehrzahl der lippischen Ziegler von der Nützlichkeit dieser Pastorengründung überzeugt ist. Die Gewerkeinsführer suchen allerdings ihre Erfolge herauszutreiben, indem sie behaupten, 4000—5000 Mitglieder zu haben. Um ihren Schwindel zu verdecken, haben sie bis heute noch keine spezialisierte Abrechnung veröffentlicht, wir müssen ihn deshalb auf Umwegen aufdecken. Auf dem christlichen Arbeiterkongress zu Berlin im Jahre 1907 rangierte der Gewerkeverein mit 4000 Mitgliedern. Die Abrechnung vom Jahre 1908 die in der Generalversammlung vom 20. Februar 1909 gegeben wurde, ergibt aber nur eine Jahreseinnahme von 7102,99 Mk. Dividieren wir diese Summe durch den Jahresbeitrag von 3,60 Mk., so ergibt das 1973 Jahresbeiträge oder ebenso viele Mitglieder.

Nun bestehen die Jahreseinnahmen aber nicht nur aus Beiträgen, sondern es sind darin auch die Eintrittsgelder (von 2 bis 50 Pf.), die Beiträge aus den Leihersammlungen, die im Sommer in den Zieglerversammlungen arrangiert werden, ferner die freiwilligen Spenden der Meister, Besitzer, Pastoren usw. und dann noch die Gebühren für Auskunfts-erteilung miteinhalten. Nach Abzug dieser Summen dürfte sich jedenfalls die Zahl der Jahresbeiträge und damit selbstverständlich auch die Zahl der Mitglieder um ein bedeutendes reduzieren; jedenfalls gehen wir eher zu hoch als zu niedrig, wenn wir die Zahl der Gewerkeinsmitglieder auf 1800 setzen. Damit vergleiche man nun die Angaben des Gewerkevereins auf dem christlichen Arbeiterkongress. Sie ergeben überhaupt: entweder er hat auf dem Kongress 1907 tatsächlich 2000 Mitglieder gehabt und ist, wie die Abrechnung ergibt, 1908 auf 1500 Mitglieder zurückgegangen, hätte also über 2000 Mitglieder in einem Jahre verloren, oder man hat die 4000 Mitglieder einfach zusammengelassen und damit den christlichen Arbeiterkongress beschwindelt. Das erstere wäre der schlagendste Beweis für die Nützlichkeit dieses Pastorenvereins, das letztere aber für die Wahrscheinlichkeit der Gewerkeinsführer, die sich immer als die Vertreter von Recht und Gerechtigkeit aufspielen.

Stets und immer wie das Ergebnis der Agitation, ist auch das Ergebnis der Tätigkeit des Gewerkevereins. Seine ganze Tätigkeit erstreckt sich im wesentlichen auf den Verkauf von Eintrittsgeldern an die Ziegeleibesitzer und zwei Eingaben an den christlichen Landtag. Es ist das herzlich wenig, aber für 360 Mk. jährlich kann man nicht mehr verlangen. Das erste Eingabe wurde im Jahre 1896 an die Ziegeleibesitzer abgegeben. Es war eine Forderung an die Ziegeleibesitzer die Ziegeleibesitzer, die sich immer als die Vertreter von Recht und Gerechtigkeit aufspielen, die sich immer als die Vertreter von Recht und Gerechtigkeit aufspielen, die sich immer als die Vertreter von Recht und Gerechtigkeit aufspielen.

nichts anhaben, durch seine Verpflichtungsarbeit aber sehr viel nützen konnte. Den Ziegeleibesitzern war es wohl bewußt, daß der Gewerkeverein nur ein Bollwerk gegen die freien Gewerkschaften darstellte, und daß die Einführung des 14-Stundentags nur ein Lockmittel abgeben sollte, um die lippischen Ziegler möglichst alle in den Gewerkeverein hineinzulocken; sie betrachteten den Gewerkeverein als ihre Schutztruppe und fühlten sich deshalb für verpflichtet, ihm ein Almosen zu gewähren.

Von 1896 bis 1906 hat der Gewerkeverein für die Ziegler auch nicht das Geringste getan, obwohl er Ursache in Fülle gehabt hätte. Erst nachdem in den Jahren 1904 und 1905 die freiorganisierten Ziegler in vielen Gegenden den Elf- und dann den Zehn-Stundentag durchsetzten, löstete auch der Gewerkeverein seine Schlafmütze. Um dem Zuge der Zeit Rechnung zu tragen und seine paar Mitglieder zu halten, entschloß er sich im Jahre 1906, abermals ein Zirkular an die Ziegeleibesitzer zu versenden, in dem um die Verkürzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich gebeten wurde. Wenn auch hier eine Anzahl Ziegeleibesitzer dem Witzgeschick entsprach, so ist das durchaus nicht dem Einfluß des Gewerkevereins, sondern den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Vorwärtsschreiten der freien Gewerkschaften innerhalb der Zieglerwelt zuzuschreiben. Der Gewerkeverein war auch im Jahre 1906 noch vollständig unfähig, etwas gegen die Ziegeleibesitzer zu unternehmen; nach jeder Richtung hin vollständig bankrott, war er nur auf die Barmherzigkeit der Ziegeleibesitzer angewiesen. Mit dem sogenannten „Kampf“ des Gewerkevereins ist es also Esfig, denn er ist noch nie kampffähig gewesen.

Bei der Einführung des Zwölfstundentags war vor allem die Hochkonjunktur im Jahre 1906 maßgebend, die in zahlreichen Ziegeleien einen fühlbaren Arbeitermangel zeitigte. Die Arbeiter zogen sich mehr nach anderen Industriezweigen, wo sie bessere Bezahlung, Behandlung und kürzere Arbeitszeit vorfanden. Gleichzeitig traten die freiorganisierten Ziegeleiarbeiter immer mehrwärtiger für den Zehn-Stundentag ein, so daß sich die Ziegeleibesitzer wohl oder übel mit der Verkürzung der Arbeitszeit befassen mußten. Wollten sie den Arbeitermangel nicht noch mehr steigern und die Ziegeleiarbeiter nicht in die Organisation hineintreiben, so mußten sie die Arbeitszeit verkürzen. Sie konnten unmöglich die 14stündige Arbeitszeit hochhalten, wo in vielen andern Gegenden schon die 10stündige Arbeitszeit bestand; sie hätten damit die Arbeiter nur unzufrieden gemacht und die Geschäfte der freien Gewerkschaften besorgt, denen sie dann später die 10stündige Arbeitszeit hätten gewähren müssen. Sie wählten deshalb das geringere Uebel und führten den Zwölfstundentag „freiwillig“ ein. Der Gewerkeverein betrachtete das als einen Erfolg seiner Wilschrift und geht auch heute noch damit hausieren.

**— Zwangsarbeitsnachweis in der Ziegelindustrie.**

Die Veruche der Berggewaltigen im Ruhrgebiet und der Mannheim-Ludwigschafener Industriemagnaten, die Arbeiter durch Zwangsarbeitsnachweise zu inebeln, werden ihre Wellen auch schon auf die Ziegelindustrie. Herr Quercus in Köln, der Vorsitzende des Rheinischen Arbeitgeberverbandes, dem die Ziegeleibesitzer Rheinlands angehören, hielt kürzlich einen Vortrag über die Bedeutung des Arbeitsnachweises, in dem er folgende Auspielungen machte: „Soll die Arbeit der Arbeitgeber von Erfolg gekrönt sein, dann ist es gerade jetzt, Arbeitsnachweise zu errichten, weil die Industrie jetzt einen großen Überschuß an Arbeitskräften hat, das ist die Ursache schlechter Geschäftslage. Sobald sich einmal die Erkenntnis bei den Verhandlungsmittlern durchgerungen haben wird, daß es ohne Arbeitsnachweise nicht mehr geht, so werden in kurzer Zeit alle Schwierigkeiten überwunden sein und jedem Arbeitgeber wird der Arbeitsnachweis Leute vermitteln können, die er für seinen Betrieb braucht.“

Außer den Handzerrern, die den Ziegeleiarbeitern schon längst durch die Kampagneverträge angelegt sind, soll ihnen auch noch die Zwangsarbeit der Arbeitsnachweise angelegt werden. Welche Folgen diese Maßnahmen für die Arbeiter nach sich ziehen, ist noch gar nicht zu überlegen. Die Ziegler werden dann nicht nur nach Gesundheit und Charaktereigenschaften, sondern auch nach Alter, Gesundheit und Leistungsfähigkeit sortiert werden. Dann wird auch der Wunsch des Herrn Quercus aus Poypt in Erfüllung gehen, es werden dann Ziegler von über 40 Jahren nicht mehr beschäftigt werden, weil diese nach Ansicht der Ziegeleibesitzer „die Keimung besitzen, sich einem Unfall zuzufügen, um in den Genuss der Unfallrente, der Arbeitspension, zu kommen“. Ferner werden alle Ziegler anstrangiert werden, die nicht in der Besitz ihrer Gesundheit sind, also nicht mehr genügend Profit schaffen können, und dann jene, die noch etwas Arbeiterfortschritt in sich fühlen, sich nicht ohne weiteres zu Heloten degradieren lassen. Nur häßliche Kreaturen werden dann noch die Gnade haben, sich zum Wohl ihrer Unterdrücker abzurufen zu dürfen. Diese Pläne sind eine Warnung für alle Ziegeleiarbeiter, die bis heute die Organisation noch für überflüssig hielten. Schließen sie die Reihen der Organisation, dann können wir die Ziegeleibesitzer aufs Trockne setzen, die Herren können sich ihren Arbeitsnachweis dann einpöbeln.

**— Pöbel.** Recht verbesserungsbedürftige Verhältnisse herrschen in der Ziegler-Wohndar. Der Wohnraum, der von einem englischen Herd geheizt wird, ist von dem Meister zum Teil zur Schweinefütterung, zum Teil zum Hühnerstall umgewandelt worden. Der Herd wird von dem Meister gänzlich in Beschlag genommen, fast den ganzen Tag löst er Struden und Ruckelruden für seine Schweine, so daß der ständige Dunst und Qualen den Aufenthalt fast unmöglich macht. Besonders morgens beim Frühstück ist oft ein Qualm vorhanden, daß sich die Arbeiter einander nicht sehen können. Was sein, daß der Meister dadurch die Speisepausen abkürzen will.

Wenige Bilder der Wohnraum auch das Logis für die kranken Träger des Meisters. Außerdem sind auch die großen Schweinefütterer dabei aufgestellt, denen oft ein Luftstrahl, der den Arbeitern jeden Appetit verleidet. Die ganze Bude ist schwarz wie eine Röhrenkammer, und die Betten sind von Dunst und Dampf durchdrungen. Schon im vorigen Jahr wurde der zuständige Gewerkeinspöbel von diesen Missethänden unterrichtet, bis heute hat aber eine Reaktion noch nicht stattgefunden. Es handelt sich ja auch hier nur um die Gesundheit von Ziegeleiarbeitern. Wenn es sich darum handelt, den Dienstverhältnissen Geltung zu verschaffen, so ist der Gewerkeinspöbel einverstanden. Aber die Arbeiterfrage — na, das soll ja auch nur „weisse Salbe“ sein, die den Unternehmern nichts schadet und den Arbeitern nichts nützt.

**Rundschau.**

**Scharismaschmerzphilosophie.**  
Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ zitiert zustimmend einen Artikel der „Menschheits-Beziehungen“ über die „Bedeutung der Scharismaschmerzphilosophie“, an deren Stelle die „Deutsche Arbeiterzeitung“ die „Bedeutung der Scharismaschmerzphilosophie“ setzt. Um aber nicht nur fremden „Geist“ zu schämen, hängt die „Arbeiterzeitung“ die Scharismaschmerzphilosophie noch

folgende, an die bekannten Erzeugnisse der philosophierenden Arbeiterbewegung an:  
„Daß aber der Grundirrtum von der notwendigen Parität niemals verschwinden konnte, solange der Reichstag selbst auf Grund extrem-paritätischer Wahlrechts zustande kommt, ist leider kaum anzunehmen. Es wird noch einer schweren Arbeit bedürfen, um die Reichstagsentscheidungen über die Wahlrechtsfrage vor Gott, der ständigen Gleichheit, und der Gleichheit vor den Menschen, der politischen und ökonomischen Gleichheit, ein gewaltiger Unterschied besteht. Vielleicht werden die Ereignisse der Weltgeschichte, vielleicht die Offenbarungen genialer Geister die notwendige Klärung bringen. Vorläufig schwimmen wir in einem Meer von Neotalismanen, zu deutsch: Gleichheitswahn, das die Gleichheit logischer Unterordnung bei der großen Mehrzahl unserer Sozialpolitiker rettungslos hinweggeschwemmt zu haben scheint.“

Das ist echte Scharismaschmerz- und Ausbeuterphilosophie. Die Gleichheit vor Gott, die kostet uns nichts, also lassen wir sie gelten; die politische und ökonomische Gleichheit aber geht uns an den Geldbeutel, sie ist uns also schädlich, müßig zu vermeiden. Vielleicht werden, um die „Arbeiterzeitung“ mit ihren eigenen Worten zu bedienen, die Ereignisse der Weltgeschichte, vielleicht die wichtigsten Schlüsse des kämpfenden Proletariats, ihr noch die notwendige Klärung bringen.

**Gesundheits- und Sozialpolitik.**

Auf der Generalversammlung des Bundes der Industriellen, die Ende Januar in Berlin tagte, teilte der neugewählte Vorsitzende des Bundes mit, daß der Bundesrat eine Kommission gebildet habe, die unter die Lupe nehmen soll, was die deutschen produzierenden Gewerbe an aufsteigenden Klassen auszubringen haben. Namentlich soll diese Untersuchung unter dem Gesichtspunkte der Reorganisation der Reichsversicherungskassenordnung stattfinden. Es soll geprüft werden, ob nicht im Interesse der Konkurrenzfähigkeit

**Die De... auf ein Minimum herabzusetzen**

find. Der Bundesrat wird hierzu in aller nächster Zeit Stellung nehmen und hofft, auch die Unterstützung der beteiligten Regierungen zu finden, wenn er den Standpunkt vertritt, daß bei aller Fürsorge für die arbeitenden Klassen der entscheidende Grundlag berichtigt werden muß, daß die Produktion nicht durch Lasten, die an die Grenze der Erträglichkeit gehen — namentlich wenn man die Fortentwicklung der Versicherungsgesetze ins Auge faßt — übermäßig beinträchtigt wird, daß eine Gefahr für die Industrie und damit auch für die bei ihr beschäftigten Arbeiter selbst entsteht.

Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine runde und nette Erklärung, daß der Bundesrat einen Feldzug gegen die Sozialpolitik eröffnen will, und dabei ist es noch gar nicht lange her, daß der Bundesrat sich in der Rolle des neutralen Wollensliebbers gefiel, der die Sonne seiner Macht gleichmäßig über Unternehmer und Arbeiter scheinen lassen und sich in die politischen und sozialpolitischen Streitfragen nicht einmischen will. Nachdem nunmehr eine genügend große Anzahl mit viel Vertrauen und wenig Klugheit begabter Arbeiter den Hanseaten ins Garn gegangen sind, wird die Maske gelüftet. Die drablen Hirsch-Dunderländer Gewerkevereinsführer, die sich so schon in der Rolle des Hausnachbarn der Hanseaten gefielen, werden nun hoffentlich den Dienst aufgeben. Oder etwa nicht?

**Terrorismus der Unternehmerorganisation.**

Herr im Hause und über ihr Geschäft glaubte die Firma K. Knut in Harburg, Kohnenof, zu sein. Der Firma behagte der gegenwärtige, durch die Scharismaschmerzphilosophie hervorgerufene Kriegszustand am Hafen nicht. Sie wollte deshalb mit der Organisation der Hafenarbeiter einen Tarifvertrag abschließen. Die Verhandlungen waren so weit gediehen, daß es sich nur um Festsetzung der Unterstufen handelte. Zu diesem Stadium mußte sich der Hafenbetriebsverein ein, welcher von den Verhandlungen und der Absicht der Firma Wind bekommen hatte, und verbot der Firma unter Androhung einer Vertragsstrafe von 20000 Mark den Abschluß eines Tarifvertrags mit dem Hafenarbeiterverband. Die Firma knut erklärte darauf, daß sie nunmehr ihr gegebenes Wort nicht halten könne, weil sie sich dem Zwange fügen müsse. Auch wurde die Firma gezwungen, den an 21 organisierte Hafenarbeiter gegebenen Auftrag zur Lösung eines Kohlendampfers zu widerrufen, wodurch angenommenen Arbeitern ein empfindlicher Schaden erwacht. Selbstverständlich werden die Arbeiter ihr Recht auf Bezahlung wahrnehmen und das Gewerkegericht wird sich mit der Sache zu befassen haben. Oeffentliches Interesse bietet dieser Fall aber insofern, als der Hafenbetriebsverein eine Firma unter Androhung eines Uebels zwingt, den Vereinbarungen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hafenarbeiter beizutreten. Eine Handlung, die von der Staatsanwaltschaft, falls Arbeiter in Frage kommen, ohne weiteres verfolgt wird. Ob auch hier der Staatsanwalt eingreifen wird?

**Den Schwindel eingestanden.**

Die Korrespondenz der Reichsbank brachte im vergangenen Jahre die Schwindelgeschichte, daß der Essener Gewerkschaftssekretär Hirtfelder in einer Vertrauensmännerversammlung geküßert habe: „Wie wir die Kameraden in den Verband bringen? — Da fehlt dem einen der Hammer, dem anderen der Meißel — das macht mir. — Jetzt muß die Korrespondenz selbst zugeben, daß sie geschwindelt hat. In Nr. 6 vom 31. Januar erläßt sie eine Erklärung, in der es heißt: Diese Mitteilung war uns von vertrauenswürdigem Seite zugegangen. Nach näherer Erleuchtung erscheint uns ein Mißverständnis (?) nicht ausgeschlossen, und wir fühlen nicht an, jene Mitteilung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Dieser Herrensinn wird den Selbstgeißel der Reichsbank natürlich nicht abhalten, bei nächster Gelegenheit wieder kräftig die Wahrheit zu verbiegen. Das bringt das Geschäft so mit sich.

**Eine sozialpolitische Abteilung**

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird, nachdem die Vorarbeiten dazu beendet sind, spätestens am 1. April 1910 in Tätigkeit treten. Als Leiter der sozialpolitischen Abteilung ist der bisherige Zentral-Arbeitssekretär Robert Schmidt bestimmt. Eine zweite Kraft für die sozialpolitische Abteilung ist in Aussicht genommen. Weiterhin wird durch Übernahme der Zentralkommission für Bauarbeiterfragen der Sekretär Heine-Dorimund in das Bureau eintreten. Dazu soll eine weibliche Bureauhilfskraft angestellt werden. Aufgabe der sozialpolitischen Abteilung soll sein, aus Gewerkschaftskreisen die notwendigen Materialien für die sozialpolitische Gesetzgebung zu beschaffen und besonders auch die Rechtsprechung eingehend zu verfolgen.

**Arbeiter-Jugend.** Die soeben erschienene Nr. 4 hat u. a. folgenden Inhalt: Zum 70. Geburtstag August Bebel's (Bild). — Bebel als Vorbild. — Bebel's Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Von A. Conrad. — Die Frau und der Sozialismus. Von Theresie Schleginger. — Marie Bebel's. — Das erste Berliner Jugendheim. — Des Verhängnis Leidenszeit usw.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: August Bebel. — Die Wandlung des Tarifvertrags eine Gefahr für die Gewerkschaften? Von Wilhelm Grunser, Gustav Frankfurt a. M. — Die Wahlreform der Junker. Von Hans Bloch. — Wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Wolff. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Robert Liepmann, Betriebs- und Finanzierungsgelehrter. Von M. N. — Selbstschreibend.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.